



Ingrid Nestle
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Dithmarschen: Akzeptanz für den Ausbau des Stromnetzes aber auch offene Fragen in den Gemeinden

Kiel, 19.01.2012

Bezug:
Anlagen:

Ingrid Nestle, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 2.608

Telefon: +49 30 227-71500

Fax: +49 30 227-76063

ingrid.nestle@bundestag.de

Wahlkreisbüro Flensburg:

Angelburger Straße 66

24937 Flensburg

Telefon: +49 461-505 38 013

Fax: +49 461- 505 38 014

ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Regionalbüro Kiel:

Jungmannstr. 50

24105 Kiel

Telefon: +49 431-557 82 62

Fax: +49 431-557 82 24

ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

www.ingrid-nestle.de

Am 18.01.2012 haben sich in Meldorf auf Initiative der Flensburger Bundestagsabgeordneten **Ingrid Nestle** und der Kreis-Grünen 20 Bürgermeister aus dem Kreis Dithmarschen getroffen und über den Netzausbau und Bürgerbeteiligung diskutiert.

Dazu erklärt **Ingrid Nestle**: "Bündnis 90 /Die Grünen unterstützen den Ausbau der Stromnetze für erneuerbare Energien. Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden haben in diesem Prozess eine entscheidende Rolle."

Die grüne Kreisvorsitzende, **Daniela Meyer**, ergänzt: "Es freut uns, dass alle Teilnehmer darin übereinstimmen, dass ein zügiger Bau der Stromleitung für die Westküste sehr wichtig ist. Unser Ziel ist eine frühzeitige Beteiligung der Menschen und eine möglichst breite Akzeptanz vor Ort."

Verschiedene Maßnahmen wurden diskutiert, um die Belastungen für die Anwohner und Landwirte möglichst gering zu halten. So solle im wesentlichen die Trasse der alten 110 kV-Leitung genutzt werden. Dabei muss diese mit der 380-kV-Leitung kombiniert werden, so dass keine zusätzlichen Masten gebraucht werden. Es gibt aber auch hier noch Diskussionsbedarf: im Norden von Dithmarschen wird die östliche Trassenvariante kritisiert, da hier zwar Strommasten gebaut werden sollen, jedoch Wünsche von Gemeinden nach Windeignungsflächen aus Naturschutzgründen nicht berücksichtigt worden sind.

Weiter begrüßten die Bürgermeister die frühe Einbindung in die Netzplanung. Diese sei jedoch nicht zufriedenstellend, da für eine Bürgerbeteiligung noch zu wenig konkrete Informationen über die genaue Trassenplanung vorhanden sind. Auch wünschen sich die Bürgermeister eine größere Hilfestellung bei der Einbindung der gegebenenfalls betroffenen Landbesitzer.

Ein großes Thema war auch die Frage, wie die Anwohner und Landbesitzer finanziell entschädigt werden können. An einem



Konzept für Bürgernetze ähnlich der Bürgerwindparks wird zur Zeit gearbeitet. Mehrere Teilnehmer erklärten jedoch, dass sie eine Pacht für Landbesitzer und Gemeinden bevorzugen würden. Zur Zeit ist gesetzlich nur eine einmalige Entschädigung für Landbesitzer und Gemeinden möglich. Bei einer Änderung der Bundesgesetze bliebe die Frage, wie mit den bestehenden ca. 18.000 km Höchstspannungstrassen in Deutschland und den dort anliegenden Gemeinden verfahren würde.

Ingrid Nestle weiter: "Ein Beteiligungsmodell wie bei Bürgerwindparks könnte interessierten Anwohnern eine verlässliche Rendite sichern. Diese Idee werde ich weiter mit der Bundesnetzagentur erörtern. Den vom Netzausbau betroffenen Gemeinden empfehle ich, dem Wirtschaftsministerium und dem Kreis möglichst früh alle lokalen Probleme bewusst zu machen. Je früher Vorschläge gemacht werden, desto größer sind ihre Erfolgchancen. Selbstverständlich stehe ich den Bürgermeistern bei der Vermittlung von Ansprechpartnern und Fragen nach weiteren Informationen gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich ausdrücklich für das Interesse und die rege Teilnahme der Bürgermeister."